Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags · Telephon Nr. 4)

Bezugspreis monatlich 90 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsverkehr 2.25 Mk. in Württemberg 2.5[illegible] Mk. vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Petitzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Petitzeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg

Nr. 91 · Mittwoch, den 16. April 1919 · 36. Jahrgang.

Ertüchtigung der Jugend.

Für die „Ertüchtigung" der Jugend hat sich in seiner ersten Weimarer Programmrede auch der Präsident des Reichsministeriums, Scheidemann, ausgesprochen. Die „Ertüchtigung" hängt nach seinen Darlegungen eng mit der Jugendfürsorge überhaupt und dann weiter mit der planmäßigen Verbesserung der Volksgesundheit zusammen, darf und wird sich also nicht allein auf die körperliche Stählung der Heranwachsenden beschränken. Leib und Seele sind auch hier ein untrennbares Ganzes. Wer sich mit der Jugendfrage befaßt hat, weiß, daß wir seit Kriegsbeginn darin leider keine Fortschritte gemacht haben. Die Klage über die zunehmende Verwahrlosung unseres Nachwuchses ist allgemein, und niemand wagt heute mehr, mit beschönigenden Worten über sie hinwegzugehen.

Bei einer Unterredung zwischen dem früheren preußischen Kriegsminister und dem eingesetzten Chef der militärischen Jugendvorbereitung kam zutage, daß ein Gesetzentwurf für die Jugenderziehung fertiggestellt war, aber nutzlos im Schrank herumlag. Auch hier hat ein gewisser Kommißübereifer Unheil gestiftet. Statt den wohlbegründeten Wunsch erfahrener und bewährter Jugendpfleger zu erfüllen, die jungen Leute zwar pflichtmäßig zu Leibesübungen anzuhalten, ihnen aber den Eintritt in jeden beliebigen anerkannten Turn- und Sportsverein freizustellen, wollte man die Jungburschen von Anfang an militärisch drillen. Den Zwang, sich irgendeinem beliebigen Sport zu ergeben, zu turnen, zu wandern, zu rudern, Leichtathletik und dergleichen mehr zu treiben, hätte die Jungmannschaft zur Not ertragen. Straffe militärische Vorbereitung dagegen war ein Fehlgriff.

Nun stehen wir neuerdings vor der Entscheidung. Der Präsident des Reichsministeriums hat keinerlei Andeutung darüber gemacht, wie er sich die „Jugendertüchtigung" denkt. Daß es ohne Zwang nicht abgeht, wird ihm so klar wie allen Kennern der Jugend sein. Glücklicherweise öffnet die Notwendigkeit, ein neues Volksheer zu schaffen, den Weg zum Ziel. Auch in Zukunft und just in Zukunft muß jeder Deutsche zur Verteidigung der Heimat bereit und ausgebildet sein. Freilich kann darüber kein Zweifel bestehen, daß die Ausbildungsart wie die Dienstzeit sich sehr wesentlich von der früheren unterscheiden wird. Wir haben uns auf eine beträchtliche Verringerung der Ansprüche einzustellen, denen der einzelne genügen soll, und wir haben zu versuchen, trotzdem eine schlagkräftige, jeder Anstrengung gewachsene Armee zu schaffen. Dies ist nur möglich, wenn Jugend- und Heereserziehung auf gemeinsamer Grundlage ruhen und wenn ausnahmslos jeder irgendwie brauchbare junge Mann ins Heer eintritt. Früher ist es, bedauerlich genug, nicht so gewesen. Die allgemeine Dienstpflicht darf von nun an keine Redensart mehr sein.

Jugenderziehung und Soldatenausbildung gehen von nun an Hand in Hand. Sobald der Knabe die Schule verlassen hat, im Durchschnitt also mit dem 14. Lebensjahre, müßte er der neuen großen Jugendorganisation beitreten. Hier wird ihm Gelegenheit geboten, ganz nach Wohlgefallen seinen Körper zu stählen und sich die Mannestugenden des freudigen, freiwilligen Gehorsams berufenen Leitern gegenüber, der Zähigkeit und der Geistesgegenwart anzueignen. Freie Wochennachmittage müßten die Sonntagstätigkeit ergänzen. Jugendschutzgesetze, deren wir dringend bedürfen, sorgen dafür, daß die Vierzehnjährigen nicht gleich von morgens bis abends in Werkstätten und Schreibstuben festgehalten werden, sondern daß die jungen Leiber und Seelen sich allmählich an das harte Arbeitsmaß gewöhnen. Von Jahr zu Jahr kann dann dem Jüngling eine größere Last zugemutet werden, können auch die Ansprüche an seine körperliche Gewandtheit und Kraft steigen. So rückt er ganz von selber aus den anerkannten Vereinen, aus der Obhut der Sport- und Turnsachverständigen in die Heeresgemeinschaft ein. Hier braucht er dann nur noch die eigentliche soldatische Ausbildung zu genießen.

Unsere Jugendpfleger, die seit langen Jahren, lange bevor sich Staat und Parlament für die Jugendbewegung interessierten, fleißige und erfolgreiche Arbeit getan haben, werden gern auch an dem neuen Aufbau mitarbeiten.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 14. April.

Ernährungsminister Schmidt: Nur durch Betrug oder Diebstahl könnten die ausländischen Lebensmittel in die Kanäle des Schleichhandels geleitet werden. Was mich beunruhigt, das ist daß in letzter Zeit große Lebensmittelmagazine in erheblichem Umfange geplündert wurden. Diese Vorgänge mindern unsern Kredit im Ausland und erschweren uns die Einfuhr. Beunruhigt bin ich auch dadurch, daß die Lebensmitteltransporte nur mit starker militärischer Bedeckung gehen können. Eine Beunruhigung entsteht weiter dadurch, daß durch den Streik der Bankbeamten die Abgabe ausländischer Wertpapiere verzögert wird. Durch die Streikfrage, ob bei Entlassung eines Angestellten diese oder jene Angestelltengruppe mitzubestimmen hat, kommt das Volk in Gefahr, in seiner Lebenshaltung benachteiligt zu werden. Mit großer Beunruhigung sehe ich die Schiffe aus deutschen Häfen mit Ballast abfahren, obwohl wir in der Lage wären, Kali als Zahlungsmittel auszuführen. Wenn die Bergarbeiter eine bessere Lebensmittelversorgung für sich beanspruchen, so muß ich sagen: Niemand hat größere Hindernisse bei der Besserung der Lebensmittelversorgung in den Weg gelegt, als die Bergarbeiter durch ihre Ausstände.

Was die Verteilung der ausländischen Lebensmittel anlangt, so handelt es sich für den Augenblick nur darum, wohin die Bestände geleitet werden sollen. Darauf antworte ich: In die Großstädte, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Ich halte diese Maßnahme für notwendig, denn es handelt sich dabei um Industriebezirke, die in erster Linie berufen sind, unser Wirtschaftsleben wieder hochzubringen. Ich sehe darin auch ein Mittel zur Bekämpfung der politischen Unruhen.

Der Vorwurf, daß uns der Verband besonders hohe Preise auferlegt, ist unbegründet. Die einzig Schuldigen sind wir selbst, weil infolge des Zusammenbruchs unseres Wirtschaftslebens unsere Valuta fortgesetzt ganz entsetzlich sinkt. Der Preis für Speck, am 4. März 8.37 Mk. das Kilo, ist durch das Sinken der Valuta am 10. April schon auf 10.82 Mk. gestiegen. Ich brauche noch einen Zuschuß von 600 000 Tonnen Mehl zur Brotbereitung. Die Ablieferung von Getreide ist in den letzten Monaten überraschend gut gewesen. Hätten die Großbetriebe der Landwirtschaft genügend Kohle, so wäre noch viel mehr Getreide abgeliefert worden. Wenn ich aber die 600 000 Tonnen Mehl zur Brotbereitung aus teurem ausländischen Mehl hinzufüge, so ergibt sich ein Defizit für die Reichskasse von über einer Milliarde Mk. Dieses Defizit erhöht sich noch um 1½ Milliarden Mk. durch das Mehl, das ich für den Ausfall an Kartoffeln zur Verfügung stelle. Da ich die Reichskasse bei der Finanzlage nicht in Anspruch nehmen kann, muß ich auf den freien Verkehr eine Risikoprämie zuschlagen. Ich werde die Einrichtung treffen, daß auf die Brotkarten eine größere Menge Mehl entnommen werden kann. Dann können die Begüterten Weizenmehl nehmen und die Minderbemittelten Brot. Zur Verteilung der Eingänge aus dem Auslande könnten wir eine neue Kriegsgesellschaft gründen oder eine große Firma damit beauftragen. Ich habe das letztere gewählt.

Arbeiter- und Kohlenmangel erklären, daß wir keinen Zucker und keine Marmelade haben. Die Zwangswirtschaft für Eier wurde aufgehoben, weil der große Verwaltungsapparat in keinem Verhältnis zum Ergebnis mehr stand.

Abg. Schlack (Z.): Die hohen Preise für die ausländischen Lebensmittel können von den schlechtgestellten kinderreichen Familien nicht bezahlt werden. Hier muß durch das Reich Hilfe geleistet werden.

Abg. Bernhofen (D.d.P.): Die mehr als 100prozentige Verteuerung des ausländischen Mehls wirkt stimmungsverschlechternd. Was uns allein noch helfen kann, ist die Arbeit; sonst verlieren wir im Ausland jeden Kredit. Und vor allen Dingen muß die Zwangswirtschaft bei der Einfuhr und Verteilung von Rohstoffen beseitigt werden.

Abg. Arnstein (D.nat.): Die Zwangswirtschaft hat versagt. Niemand im Reich hat alle Verordnungen beachtet. Wenn wir die Eigenerzeugung steigern und der Landwirtschaft ausreichende Preise gewähren, dann werden die Landwirte wieder in die Lage kommen, uns besser und billiger als heute zu ernähren.

Abg. Dusche (D.V.P.): Die Regierung hat niemals dafür gesorgt, daß die dazu geeigneten Arbeitslosen aus der Großstadt aufs Land zur Landarbeit herangezogen. Wenn in Deutschland mehr gearbeitet wird, werden auch die Preise der ausländischen Lebensmittel sinken. Die Zwangswirtschaft muß verschwinden.

Abg. Wurm (U.S.P.): Durch die Streiks wird allerdings unser Volksvermögen sehr geschädigt; aber die Schuld trägt die heutige Wackelpolitik der Regierung. Die Reichskasse muß das Defizit aus dem teureren Mehlpreis tragen.

Neues vom Tage.

Scheidemann amtsmüde?

Berlin, 15. April. Die „Berl. Post" will erfahren haben, daß Scheidemann das Präsidium des Reichsministeriums niederlegen wolle. Bestimmend sei, daß der Nachfolger Schiffers, Ternburg, der überhasteten Sozialisierung entgegentrete; auch finde der Entwurf des Staatsgerichtshofs, für den Scheidemann sich besonders einsetzte, so wenig Anklang in der Nationalversammlung, daß mit seiner Ablehnung zu rechnen sei. Vielleicht hat auch das mitgewirkt, daß die Mehrheit der Nationalversammlung nicht geneigt scheint, schon in diesem Jahr den 1. Mai zum gesetzlichen Nationalfeiertag gemäß dem Antrag der sozialdemokratischen Partei zu erheben. Er soll vielmehr zunächst nur als allgemeiner Feiertag für die Gedanken des Weltfriedens gelten.

Berlin, 15. April. Zum Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. wurde der Vorsitzende des Vollzugsausschusses der A.- und S.-Räte im Regierungsbezirk, der Mehrheitssozialist Schriftsteller Barthels ernannt.

Dresden, 15. April. Sämtliche Gebäude sind außerordentlich stark gesichert und mit Truppen belegt. Die Leiche des Kriegsministers ist noch nicht gefunden.

Wegen der Ermordung des Kriegsministers sind 46 Personen verhaftet.

Magdeburg, 15. April. Der Unabhängige Vater, der die Verhaftung und Verschleppung des Reichsjustizministers Landsberg veranlaßt hatte, ist aus Magdeburg verschwunden. Er soll nach Braunschweig geflüchtet sein.

Magdeburg, 15. April. Teile des Landesjägerkorps haben heute früh Helmstedt, das von der Braunschweiger Volkswehr besetzt war, nach kurzem Kampfe eingenommen.

Braunschweig, 15. April. Der revolutionäre Aktionsausschuß beschloß, den Generalstreik am Mittwoch

Nein!

Berlin, 15. April. Unter der Ueberschrift „Nein!" schreibt der „Vorwärts" zu den von Havas mitgeteilten Bedingungen, die Deutschland im Friedensvertrag auferlegt werden sollen: Die Entente ist im Irrtum, wenn sie glaubt, daß es irgend eine deutsche Regierung gäbe, die solche Friedensbedingungen unterschreibt. Wollen die gegenwärtigen Machthaber von drüben sie durchführen, so werden sie die Sache selber in die Hand nehmen müssen und sehen, wie sie mit den Bewohnern des Saargebiets fertig werden, die deutsch sind und die deutsch bleiben wollen, und sie mögen selbst erfahren, daß in Vorschlag gebrachte Beträge von uns nicht herein zu bekommen sind, selbst wenn man uns das letzte zerrissene Betttuch unter dem Leibe weg, die letzten Stiefel von den Füßen zieht.

Die Lebensmittel.

Bremen, 15. April. Im hiesigen Hafen ist der erste Dampfer mit 6250 Tonnen Mehl eingetroffen.

Abgesehen von den amerikanischen Lebensmitteln, die mit direkten Dampfern nach deutschen Häfen gehen, sind von Rotterdam nach Deutschland bisher auf dem Bahn- und Flußweg zur Verladung gekommen: 5500 Tonnen Speck, 1080 Tonnen Schmalz und 100 000 Kisten Milch.

Einräumungen an die Polen.

Berlin, 15. April. Dem „Berl. Lokalanz." zufolge hat der preußische Kultusminister Hänisch für Westpreußen die Einführung des polnischen Sprach- und Religionsunterrichts genehmigt. Danzig, die deutsche Stadt, wird demnächst eine polnische Volks-Universität erhalten.

In amtlichen deutschen Meldungen wird die Stadt Hindenburg wieder Jabrze, Hohensalza wieder Inowrazlaw genannt.

Der Generalstreik.

Hamburg, 15. April. Zwischen den hiesigen Banken und den Bankbeamtenverbänden ist vereinbart worden, daß den Angestellten bis auf weiteres ein Mitbestimmungsrecht bei Kündigungen und Entlassungen zugestanden wird.

Gestern fanden in Weimar Besprechungen des Reichsarbeitsministers mit der Abordnung streikender Bankbeamten aus Berlin statt, sie führten aber zu keinem Ergebnis und sollen heute fortgesetzt werden.

Nach der „Voss. Ztg." haben die Leipziger Bankbeamten im Hinblick auf den über ganz Sachsen verhängten Belagerungszustand beschlossen, die Arbeit heute wieder aufzunehmen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

zu beenden, wenn die Beamten schon am Dienstag den Dienst wieder aufnehmen und die Arbeitgeber sich verpflichten, die Streiktage zu bezahlen und keine Maßregelungen vorzunehmen. Beamte und Arbeitgeber lehnten die Forderung rundweg ab.

Braunschweig, 15. April. Aus Schöningen-Braunschweig meldet der „Volksfreund": Dr. Barth hat den Genossen Lilie erschossen. Der Mörder ist geflüchtet. Die Mutter des Dr. Barth wurde als Geisel festgesetzt. — Durch Werfen von Handgranaten sind 3 Personen getötet und 4 verwundet worden.

Essen, 15. April. Im Ruhrgebiete fehlten gestern in der Frühschicht 139 256 Bergarbeiter gegen 160 720 am Samstag.

Kämpfe in München.

Augsburg, 15. April. Wie die „Augsb. Neuest. Nachr." melden, veranstalteten nach dem Sturz der Räte und der kommunistischen Regierung die kommunistischen Arbeiter und Truppen in Mnchen am Sonntag auf der Theresienwiese Kundgebungen, an die sich ein Angriff auf den von der ersten Abteilung der republikanischen Sicherheitstruppen besetzten Bahnhof schloß. Die Kommunisten erhielten fortwährend Zuzug, namentlich von Mannschaften des 1. Inf.-Regts. Die Angreifer verwendeten schließlich Minenwerfer; gegen 10 Uhr abends wurde der Bahnhof gestürmt und die Besatzung mußte sich ergeben. Der Bahnhofkommandant Aschenbrenner wurde im Triumph durch die Straßen geführt; angeblich sollte er erschossen werden. In der Nacht nahmen die Kommunisten die Stadtkommandantur, das Hauptquartier der republikanischen Truppen, sowie die andern öffentlichen Gebäude. Die Stadt soll wieder in den Händen der Spartakisten sein. Der Generalstreik wurde ausgerufen.

Wegen Zerstörung der Eisenbahngleise ist von heute ab bis auf weiteres der Gesamtverkehr nach München zwischen Haspelmoor und Maisach und zwischen Geltendorf und Grafrath unterbrochen.

Augsburg, 15. April. Der bayer. Volksschullehrerverein lehnt die Räteregierung ab.

Berlin, 15. April. Der Generalstreik sämtlicher Angestellten Groß-Berlins kann vielleicht schon morgen Tatsache sein.

Berlin, 15. April. Der „D. Tagesztg." wird berichtet, gegen die verhafteten Mitglieder des Zentralrats, die nach Eichstätt verbracht wurden, darunter Landauer, Mühsam und Wadler, sei von der Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet worden.

Berlin, 15. April. Aus Nürnberg wird einer sozialistischen Korrespondenz gemeldet: In Nord- und Südbayern ist alles „in bester Ordnung". In München steht die weitaus größte Zahl der Truppen auf Seiten der Regierung Hoffmann. Die Kommunisten haben eine größere Anzahl von Arbeitslosen bewaffnet und es finden noch immer Kämpfe zwischen ihnen und den Regierungstruppen statt, jedoch beherrschen die Regierungstruppen völlig die Lage.

Keine deutschen Arbeiter für Amerika.

Koblenz, 15. April. Der Bürgermeister erläßt auf Veranlassung der amerikanischen Behörde folgende Bekanntmachung: „In den letzten Tagen wird in einer großen Zahl der im unbesetzten Gebiet erscheinenden Zeitungen die Nachricht gebracht, daß deutsche Arbeiter für die Vereinigten Staaten gesucht werden. Diese Angabe entbehrt jeder Grundlage."

Von der Friedenskonferenz.

London, 15 April. (Reuter.) Lloyd George ist gestern abend in London eingetroffen.

Die deutschen Bevollmächtigten auf den 25. April eingeladen.

Paris, 15. April. Präsident Wilson gab gestern abend im Obersten Rat bekannt, der Viererrat schlage vor, die deutschen Friedensbevollmächtigten auf den 25. April zur Zusammenkunft mit den Vertretern der assoziierten Regierungen in Versailles einzuladen, nachdem über die Hauptfragen Einigung erzielt sei.

Paris, 15. April. Der allgemeine Arbeiterverband, der zwei Millionen Mitglieder zählt, hat in Paris Plakate angeschlagen, in denen es heißt: Der Plan des Völkerbunds ist nicht eine Gesellschaft von Nationen, wie dies in Wilsons 14 Punkten niedergelegt ist. Die Arbeiterklasse Frankreichs erhebt sich gegen diese Sabotage am Frieden.

Gegen den Völkerbundsentwurf.

Amsterdam, 15. April. „Het Nieuwes van den Dag" schreibt zu der Veröffentlichung der Statuten des Völkerbunds, dieser Bund sei niemals das, was sein Name bedeute. Er sei kein Bund der Nationen, nicht der Bund, der versprochen worden sei; der Bund sei vielmehr ein trauriges Unfähigkeitszeugnis, das die in Paris versammelten Staatsmänner sich selbst ausstellten.

Ausstände in Südfrankreich?

Bern, 15. April. Aus Berichten des „Lyoner Progres" geht hervor, daß in Marseille seit mehreren Wochen Streiks herrschen, über die von der Zensur alle Nachrichten unterdrückt wurden.

Unruhen in Oberitalien.

Bern, 15. April. In Mailand und in der ganzen Lombardei fanden am Sonntag sozialistische Versammlungen statt, wobei es in Mailand zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei kam.

Unruhen in Indien.

London, 14. April. (Reuter.) Telegramme des Vizekönigs von Indien berichten, daß im Punjab (Fünfstromland) und in Bombay Unruhen stattgefunden haben.

Der Tiroler Vesuv.

Man schreibt der „Frankf. Ztg." aus Innsbruck: Auch Tirol hat seinen Vesuv, einen Berg mit ewigem Feuer, nur fehlt ihm der Weltruf wie jenem, auch Wesenheit, Ursache und Wirkung sind andere wie des berühmten Unheilberges in Italien, aber als Naturereignis hat auch der Tiroler Vesuv Geltung. In der Nähe von Kufstein, beim kleinen Dorfe Häring, ist seit dem Jahre 1767 ein Braunkohlenbergwerk im Betriebe, das einzige Kohlenbergwerk in Tirol. Es liefert stark schwefelhaltige (bis zu 5 Prozent) Braunkohle, die wegen ihres großen Gehalts an Schwefelkies für den Hausbrand nicht sonderlich geeignet ist. Die reichen, starken Kohlenflöze liegen an der Westseite des Pölvenberges bei Häring und vom Orte selbst hat die Kohle ihren Namen mit in den Handel bekommen. Seit dem Jahre 1550 brennt im Pölvenberge ewiges Feuer, unauslöschlich, menschlichen Kräften trotzend, brüht und glüht der Brand weiter, tief im Innern, genährt durch das starke Lager des brüchigen, schwefeligen Gesteins. Zu Zeiten durchbrechen die Feuerwellen und das Gas einzelne der Schächte des in staatlichem Betriebe stehenden Bergwerks, und in Perioden, die zeitlich unberechenbar sind, entstehen ernstliche Grubenbrände. Im Januar dieses Jahres brach das Feuer in den Barbara-Wetterstollen des Werkes ein und setzte der Arbeit ein Ziel. Die Belegschaft versuchte mit den gewohnten Mitteln, durch Bekämpfung mit Wasser, an den gefährdeten Stellen einzuwirken, aber erst zu Beginn des Monats März war es möglich, den Betrieb wieder aufzunehmen. Wahrscheinlich stammt der Beginn des Brandes schon aus der Zeit vor 1550; der Historiker Georg Rösch v. Geroldshausen erwähnt den Bergbrand am Pölven in seinem Landreim im Jahre 1550. Seiner Ursache geschah damals aber keine Erwähnung. Sie ist aber unschwer nachzuweisen. Das Kohlenlager durchzieht den ganzen Pölvenberg, an der obersten Stelle des Lagers aber traten die Kohlenflöze an die Erdoberfläche. Durch die ständige Bestrahlung der Sonne entzündete sich vermutlich die stark schwefelhaltige Kohle, deren Bedeutung man damals noch nicht erkannt hatte. Man hielt es für einen Erdbrand. Die jeweiligen Landesherren von Tirol, die in Innsbruck residierten, ließen auf dem ständig warmen Erdreich am Pölvenberge, der im strengsten Winter niemals Schnee zeigte und stets konstante Wärme ausstrahlte, Jahr für Jahr Gärten für Frühgemüse anlegen, die sehr gut gediehen. Das Feuer war damals schon tiefer ins Gestein hinabgedrungen, das Brandfeld mit dem unsichtbaren, ständig wärmenden Glutofen liegt aber heute schon so tief, daß die Oberflächen-Temperatur sich jetzt nicht mehr ändert. Dafür entstehen aber periodisch unterirdische Ausbrüche des Feuerherdes, denen Ausbrüche der Glut in die Stollen folgen. — Das Warmbad im Orte Häring mit einer heilkräftigen Quelle (die Temperatur des Wassers schwankt zwischen 28 und 36 Grad) dankt dem Bergbrande seine Entstehung. Das Wasser wird in einen aufgelassenen Stollen des Bergwerkes geleitet. Bei starken Niederschlägen dringen die vermehrten Wassermengen auf die dampfenden Kohlenflöze im Innern des Berges ein, die Niederschlagwasser erwärmen sich an den aufsteigenden heißen Gasen, und je mehr Wasser an die Oberfläche geführt wird, desto geringer ist der Wärmeverlust. An heißen, niederschlagsarmen Tagen erreicht das Badewasser auffallenderweise die niedrigste Temperatur. Vor zwei Jahren zeigte sich ein Brühung leichter Art, die im Bergwerke leicht bekämpft werden konnte, im Jahre 1905 aber war ein stärkerer Brand, der auf radikale Weise dadurch niedergehalten wurde, daß man das ganze Werk unter Wasser setzte, der Brand von 1919 aber war der andauerndste und hartnäckigste seit langem, er bedrohte den Weiterbetrieb des einzigen Kohlenbergwerkes von Tirol in ernstlicher Weise.

Baden.

(-) **Karlsruhe,** 15. April. Die Neuwahl der Kommunalverbandsausschüsse wird nach den Wahlen der Gemeinde- und Bezirksräte stattfinden. Durch diese Neuwahlen sollen die Verbraucher, namentlich die Arbeiter stärker an den Geschäften der Kommunalverbände beteiligt werden. Die Regierung hofft dadurch, das heute vielfach bestehende Mißtrauen der Bevölkerung gegen die Tätigkeit der Kommunalverbände zu beheben.

(-) **Mannheim,** 15. April. Zu der Verhaftung des Mörders Georgi erfahren wir: Zwei hiesige Kriminalbeamte hatten in Erfahrung gebracht, Georgi arbeite auf einem Gut bei Regensburg. Sie fuhren sofort dorthin und fanden die Mitteilung bestätigt. Georgi wurde sofort verhaftet. Den beiden Beamten fällt nun die ausgesetzte Belohnung von 5000 Mk. zu.

(-) **Mannheim,** 15. April. Die Polizei verhaftete drei Schreibgehilfinnen des Lebensmittelamtes wegen Entwendung von Lebensmittelmarken.

(-) **Freiburg,** 15. April. Der Professor der dogmatischen Theologie D. Karl Braig tritt nach 25jähriger Tätigkeit an hiesiger Universität in den Ruhestand.

(-) **Mösbach** bei Oberkirch, 15. April. Die hies. Schuljugend hat für die Pforzheimer Typhuskranken 550 Eier, 51 Flaschen Wein, Mehl, Dörrobst, Brot, Speck usw. gesammelt. Dieses schöne Vorgehen verdient Nachahmung.

Württemberg.

(-) **Stuttgart,** 15. April. (Aus dem Parteileben.) Der Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei findet am 21. April vorm. 10 Uhr im Stadtgarten in Stuttgart statt.

(-) **Stuttgart,** 15. April. (Verhafteter Raubmörder.) Der des Mords an der Witwe Barbara Wahl verdächtige Fuhrmann Paul Straif von Tegerloch ist gestern abend in Winnenden festgenommen worden. Heute hat er ein volles Geständnis abgelegt. Der größte Teil des geraubten Geldes ist beigebracht. Straif war Ende März 1919 aus der Heilanstalt Winnental entwichen.

(-) **Feuerbach,** 15. April. (Grausiger Fund.) Das Gerippe eines kleinen Kindes ist in einem Koffer in der Tunnelstraße gefunden worden. Die Mutter ist eine ledige Büglerin von Stuttgart.

(-) **Kornwestheim,** 15. April. (Tödlicher Sturz.) Der 20jährige Sohn des Bahnhofaufsehers Wilhelm Eisig aus Stuttgart ist auf dem Rangierbahnhof, als er dem Starkstrom zu nahe kam, von einem Lichtmast abgestürzt. Er war sofort tot.

(-) **Gmünd,** 15. April. (Vereinigte Stadttheater Göppingen-Gmünd-Aalen.) Stuttgarter Künstler beabsichtigen, unter diesem Namen den genannten drei Städten ein eigenes ständiges Stadttheater zu schaffen. Die Zahl der Vorstellungen wird so eingeteilt sein, daß Göppingen und Gmünd wöchentlich je zwei und Aalen eine Vorstellung bekäme. In jeder Stadt soll ein Theaterverein gegründet werden.

Aus der Landesversammlung.

Aussprache über den Generalstreik.

Stuttgart, 14. April.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der Württ. Landesversammlung steht als einziger Punkt der Bericht der Regierung wegen Verhängung des Belagerungszustands.

Präsident Keil eröffnete die Sitzung um ¼5 Uhr. Abg. Crispien (U.S.P.) zeigt an, daß er sein Mandat niedergelegt habe. Abg. Bruckmann (D.D.P.) hat dem Präsidenten Keil ein Schreiben zugehen lassen, indem er auf den Brief von Tirpitz-Sohn wegen des Tauchbootkriegs zurückkommt.

Staatspräsident Blos führt sodann aus: Wir haben eine kritische Woche hinter uns und wir sind durch Gesetz verpflichtet, Ihnen Rechenschaft über unsere Anordnungen zu geben. Wir haben dem Land versprochen, eine soziale Demokratie, keine Diktatur einzurichten. Wir hätten mehr tun können, wenn wir nicht in unserer Arbeiten unaufhörlich gestört worden wären. Die Unabhängigen und die Spartakusleute haben eine doppelte Rolle übernommen. Die eine davon übernimmt die Geschäfte der Zerstörung und schließlich die Anzettelung des offenen Aufstands, während die andere Partei unter der Decke diese Bestrebungen unterstützt und dann, wenn die Gewalttaten geschehen sind, sie auf den Rechtsstandpunkt hinüberführt. Jeder, der sich für einen aufrichtigen Politiker betrachtet, würde sich schämen, ein solches Maß von Heuchelei durchzuführen. Wir waren nicht im Zweifel, daß eine Katastrophe bevorstehe und daß die politische Freiheit von einer fanatischen Sekte mißbraucht würde. Wo die Spartakusfahne zur Herrschaft gelangt, werden sofort der Belagerungszustand erklärt, Revolutionsgerichte eingesetzt und dergl. Von anderen Dingen zu schweigen. In Stuttgart ist es gelungen, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Es war uns schon lange bekannt, daß von Berlin aus die Parole ausgegeben worden war, daß in ganz Deutschland der Generalstreik angezettelt werden solle. Jeder Mensch, der noch einen Funken von Gemeinsinn für sein Volk und Land hat, muß sich sagen, daß in dem Augenblick, wo sich das Land in der schwersten Not befindet, ein Generalstreik eine Versündigung an den gemeinsamen Interessen ist. Im Laufe des Kampfes hat sich gezeigt, daß in diesem Generalstreik nicht das Heldentum die Rolle spielt, die es angekündigt hat. Sie hetzen die Arbeiter auf, und wenn es gefährlich wird, verschwinden sie. Ich für meine Person möchte lieber untergehen, als unter solcher Herrschaft leben, wie sie jetzt in Rußland besteht. Von den Spartakisten sind mehr als 20 Flugblätter erschienen. Woher kommen die Mittel zu dieser Massenagitation? Ich glaube auszusprechen zu dürfen, daß sie zum guten Teil aus Rußland kommen. Unter dem alten Regime fielen solche Vergehen unter Landesverrat. Zu den Grundsätzen des Spartakus gehört es, daß man auch vergiftete Waffen anwenden darf; von dieser Erlaubnis haben die Anhänger Lenins in Deutschland reichlich Gebrauch gemacht. Zulukaffer hätten sich geschämt, einen Menschen so barbarisch abzuschlachten, wie es mit dem Soldaten in Ostheim geschehen ist (Sehr richtig). Da hat man ein Bild davon, was geschehen wäre, wenn diese Herrschaften die Oberhand bekommen hätten. Der A.- und S.-Rat hat die Zustimmung zur Verhängung des einfachen Belagerungszustands gegeben. Die Kriegsgerichte sind außerordentlich mild vorgegangen. Auch die Schließung der Druckerei des „Sozialdemokrat" war notwendig; das Verbot der „Süddeutschen Ztg." hängt damit zusammen, daß sie Artikel veröffentlichen wollte, die nicht in dieser kritischen Zeit erscheinen dürfte.

Abg. Bolz (Z.): Wahnsinnigen und Fanatikern gegenüber gibt es kein anderes Mittel, als die Anwendung von Gewalt. Das Treiben der Spartakisten muß gebrandmarkt werden als ein Verbrechen von feigen und teilweise gemeinen Hetzern. Wir danken der Regierung und den Sicherheitstruppen, vor allem den Studenten, für ihre treuen Dienste. Wir haben den Eindruck gewonnen, daß unsere Regierung noch immer viel zu viel verhandelt in Dingen und Zeiten, in denen man nicht verhandeln darf, wenn man nicht fortgesetzt geschoben sein soll. Wir müssen es mit Entschiedenheit ablehnen, daß die Räte für die Zukunft die Regierung in die Hand nehmen würden; auf die Dauer ist es nicht möglich, daß eine Klasse wirtschaftlich und politisch das Land regieren würde. Die Regierung muß darauf sehen, daß die Waffen aus den unberufenen Händen genommen werden; es muß daher in jeder Gemeinde eine Volkswehr gebildet werden. Welche von den bürgerlichen Parteien denkt denn heute an eine Gegenrevolution? Die Regierung darf vor dem Gebrauch der Schutzhaft nicht zurückschrecken. D. Kriegsminister möge die Kasernen von den Hunderten arbeitsscheuer Soldaten räumen lassen, die schon lange ein großes Ärgernis der Bevölkerung sind.

Abg. Klara Zetkin (U.S.P.): Der Generalstreik sei nicht künstlich heraufbeschworen, sondern mit elementarer Gewalt ausgebrochen (lebhafter Widerspruch), aus der tiefen Enttäuschung der Massen, daß nämlich die Revolution vom 9. November nicht bessere Früchte gezeitigt habe. Der Streik sei nicht zusammengebrochen, sondern nur abgebrochen. Wir sehen es als Pflicht an, die Regierung zu beseitigen. Die Verantwortung für den Krieg und seine Folgen tragen alle diejenigen, die mit der Regierung durch das Blutbad vier Jahre gegangen sind.

Abg. Mattutat (S.): Wir sind gezwungen, mit den Maßnahmen der Regierung uns einverstanden zu erklären. Wir bedauern, daß die Arbeiter den Hetzereien der Spartakisten ein williges Ohr geliehen haben. Arbeitswilligen Arbeitern mit den Revolvern auf den Leib zu rücken ist eine ganz merkwürdige friedliche Methode der Spartakisten. Die Arbeiter haben durch Teilnahme an dem Generalstreik ihre Lebenshaltung noch mehr verschlechtert.

Abg. Dr. Schott (B.P.): Was mit dem Generalstreik bezweckt wurde, halten wir für ein wahnsinniges Verbrechen. Wir verurteilen jeden Streik. Die Regierung darf nicht nur immer verhandeln sondern auch handeln. Es liegt uns ferne, Gegenrevolution zu machen; wir sind viel zu schlau, dies zu tun. Ich frage die Regierung, aus welchen Gründen sie das Erscheinen der „Süddeutschen Zeitung" verboten bzw. das Blatt unter Vorzensur gestellt hat.

Justizminister Dr. v. Kiene: Das formelle Recht zur Verhängung des Belagerungszustands war der Regierung aus Selbsterhaltungsgründen gegeben; er wurde erst Dienstag früh verhängt, nachdem tagsüber große Gewalttätigkeiten verübt worden waren; außerdem haben wir die Zustimmung beim Reichspräsidenten eingeholt. Eine Ungerechtigkeit der Regierung gegenüber der „Süddeutschen Zeitung" liegt nicht vor.

Abg. Fischer (D.d.P.): Wir begrüßen ebenfalls die Festigkeit der Regierung, die sie beim Generalstreik gezeigt hat. Wir müssen selbst der Regierung die Macht helfen schärfen.

Kriegsminister Herrmann: Den Hinterbliebenen der Todesopfer spricht die Regierung ihr Beileid, den Sicherheitstruppen für ihren schweren Dienst den Dank aus. Es kann schon sein, daß in nächster Zeit die Regierung einen Aufruf zur Bildung von Reservebataillonen ergehen lassen muß. Wir können mit Zuversicht einer eventuellen neuen Probe entgegensehen. Wenn man heute den betr. Artikel der „Süddeutschen Zeitung" liest, dann kommt er uns freilich harmlos vor. Wenn man aber die damalige Lage der Regierung überdenkt, so versteht man da, daß in einem derartigen Artikel ein weiteres Aufblasen des Bürgerstreiks sehen mußte.

ep. **Wahl zur Landeskirchenversammlung.** Da nach dem neuen Gemeindewahlgesetz die Gemeinderatswahlen in einer Reihe von Gemeinden an den Maisonntagen stattfinden werden, wird die Wahl zur württ. Landeskirchenversammlung voraussichtlich auf 1. Juni anberaumt werden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

— **Einschränkung des Bahnverkehrs.** Wegen Ausfalls der Anschlußzüge auf den bayerischen und preußischen Strecken infolge Kohlenmangels fallen von Dienstag, 15. April, an die Züge D 147 Stuttgart—Crailsheim, Stuttgart ab 6.48 vormittags und D 148 Crailsheim—Stuttgart, Stuttgart an 11.30 Uhr nachts bis auf weiteres aus. Wegen Kohlenmangels sieht sich die württ. Eisenbahnverwaltung veranlaßt, den an den Osterfeiertagen ruhenden Güterzugsverkehr auch am Samstag, den 19. April, einzustellen. Während der Zeit vom 18. bis 21. April ds. Js. werden daher Eil- und Frachtgutsendungen (Stückgut und Wagenladungen) nicht angenommen und bereits aufgegebene nicht befördert.

— **Neue Fahrplanänderungen.** Wegen ungenügender Kohlenbestände und gänzlichen Ausbleibens der Zufuhren aus dem Ruhrgebiet sind eine Reihe Schnellzüge von Heidelberg nach Darmstadt und Frankfurt sowie nach Stuttgart, Berlin und Nürnberg ausgefallen. Außerdem wurden zwischen Darmstadt und Frankfurt auch verschiedene Personenzüge eingestellt. Die Reisenden des allgemeinen Verkehrs in den Richtungen nördlich Heidelberg und Mannheim können somit nicht mit Sicherheit auf Weiterbeförderung rechnen.

ep. **Geburtenrückgang in Deutschland.** Nach dem „Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reichs 1918" wurden im Jahr 1915 in Deutschland geboren 733 655 Knaben und 691 911 Mädchen; die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1913 sind 974 894 und 932 375. In einem Zeitraum von zwei Jahren, darunter die 1½ ersten Kriegsjahren, sind also die Knaben- und Mädchengeburten in Deutschland je um ein volles Viertel zurückgegangen.

— **Der 1. Mai.** Die Nationalversammlung in Weimar hat den Gesetzentwurf betr. den 1. Mai als Nationalfeiertag in der Fassung des demokratisch-sozialistischen Abänderungsantrags in allen 3 Lesungen in namentlicher Abstimmung mit 169 gegen 86 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen.

— **Ernteflächenerhebung.** Durch Verordnung des Reichsernährungsministers ist auch für dieses Jahr eine Erhebung der Ernteflächen angeordnet worden, die in der Zeit vom 5. bis 31. Mai stattfindet.

— **Eine wichtige Bestimmung** enthält die Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilmachung vom 16. März 1919 zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft. Nach § 3 nämlich dürfen Arbeitgeber außerhalb der Land- oder Forstwirtschaft Arbeitskräfte nicht einstellen, die bei Ausbruch des Kriegs oder während desselben schon in der Land- oder Forstwirtschaft tätig gewesen sind. Eine Zuwiderhandlung gegen diese Bestimmung wird mit Geldstrafe bis zu 3000 Mk. bestraft. Die Verordnung ist sofort in Kraft getreten. Ihre Außerkraftsetzung erfolgt erst mit Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft.

— **Kriegswaisen.** In den fünf Kriegerwaisenhäusern des Deutschen Kriegerbunds sind zur Zeit etwa 200 Plätze frei. Der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes hat nun beschlossen, von der satzungsmäßigen Bestimmung, daß nur Waisen von Kriegervereinsmitgliedern aufgenommen werden sollen, mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse ausnahmsweise abzuweichen und für die Folge auch Kinder solcher Väter aufzunehmen, die ein Opfer des Krieges geworden sind, einem Kriegerverein aber nicht angehören konnten, weil sie nicht Soldat waren. Dies kann indessen nur so lange geschehen, als der Platz nicht durch Waisen von Kriegervereinsmitgliedern beansprucht wird. An die Aufnahme wird noch die Bedingung geknüpft werden, daß ein Zuschuß und zwar von etwa drei Viertel der jährlich 600 Mk. betragenden Unterhaltungskosten der Kinder gewährleistet wird. Anträge sind an den Vorstand des Deutschen Kriegerbunds in Berlin W. 50, Geisbergstraße 2, zu richten.

Der Deutsche Kriegerbund hat für die Witwen seiner gefallenen oder verstorbenen Kameraden den Betrag von 35 000 Mk. zur Verfügung gestellt. Auf 2793 Unterstützungsgesuche sind Ende März 1919 an Kriegerwitwen 31 255 Mk. ausgezahlt worden.

DPC. **Der Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei** findet nun am Montag, den 21. April, vormittags 10 Uhr, in Stuttgart in den Sälen des Stadtgartens statt. Als vorläufige Tagesordnung ist vorgesehen ein von den Abg. Johs. Fischer und Thekla Kauffmann erstatteter Parteibericht und die Beratung der Satzungen, für die Dr. Erich Schmid Berichterstatter ist. Der Kassenbericht wird von dem Landeskassier Paul Ilg, der Fraktionsbericht von Abg. Hieber und der Bericht über die Nationalversammlung von Abg. Conrad Haußmann erstattet. Den Schluß bilden die Wahlen.

Staat und Kirche, Schule und Volk.

DPC. Der alte Streit zwischen Schule und Kirche, zwischen Pfarrern und Lehrern gehört nicht mehr in die neue Zeit herein, denn er bedeutet eine Vergeudung geistiger Volkskraft. Die Fragen aber, um die es sich dabei handelt, sind nicht derart, daß sie nur jene beiden Stände und Körperschaften berührten, sondern sie sind solche, die das ganze Volk angehen. Darum hat das ganze Volk, hat namentlich das freiheitliche Bürgertum das stärkste Interesse an einer Lösung dieser Fragen, die unter Abweisung zu weitgehender Forderungen, von welcher Seite immer sie kommen mögen, zu einem Ausgleich der Interessen auf der Grundlage von Recht und Billigkeit führt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß bei den letzten Wahlen weite durchaus freiheitlich gerichtete Volkskreise ihre Stimmen darum der Deutschen demokratischen Partei gaben, weil sie in deren Programmpunkten gerade bezüglich dieses Gebiets die geeigneten Richtlinien für eine solche Lösung und in ihren Kandidaten die geeigneten Persönlichkeiten zu deren Durchführung erblickten. Wollte sich die Deutsche demokratische Partei in diesen Dingen durch kulturpolitisch radikale Elemente zu einer Stellungnahme drängen lassen, die in der Praxis derjenigen der Sozialdemokratie gleichkäme, so würden weite Kreise von Wählern und Wählerinnen das Interesse an ihr und das Vertrauen zu ihr verlieren und den Gewinn würden die Extreme von rechts und links haben. Schon aus dieser Erwägung heraus ist es für die Partei eine Selbstverständlichkeit, daß sie sich unbedingt hinter ihr Programm und diejenigen, die es in der Wahlbewegung vertreten haben, stellt.

Wenn so das freiheitliche Bürgertum ein Interesse hat an einer befriedigenden Lösung der Kulturfragen, die mit Schule, Kirche und Religion zusammenhängen, so wird eine solche ganz wesentlich mit gefördert, falls es gelingt, die künftig vom Staat freie Kirche zu einer wirklichen Volkskirche zu gestalten. Hier ist nicht „vornehme" Zurückhaltung, sondern tätige Mitarbeit Pflicht aller freiheitlich gesinnten Männer und Frauen, soweit sie religiös interessiert sind. Bezüglich der evangelischen Kirche in Württemberg bietet sich dazu u. a. Gelegenheit durch Teilnahme an den demnächst stattfindenden Wahlen zur verfassunggebenden Landeskirchenversammlung, bei denen alle über 25 Jahre alten männlichen und weiblichen Kirchenglieder wahlberechtigt sind. Es wird unseres Erachtens nicht Sache einer politischen Partei als solcher sein können, in die kirchliche Wahlbewegung einzugreifen. Wohl aber dürfte es Aufgabe der Persönlichkeiten und Kreise sein, die innerhalb der Deutschen demokratischen Partei der evangelischen Kirche angehören, mit dafür zu sorgen, daß in den einzelnen Kirchenbezirken Persönlichkeiten gewählt werden, denen neben lebendigem religiösem Interesse ein starker freiheitlicher, volkstümlicher und sozialer Sinn eigen ist und die dann für die Gestaltung der Kirche in solchem Sinn und Geist wirken werden. Damit ist zugleich die beste Gewähr dafür gegeben, daß die Durchführung der Maßnahmen hinsichtlich des Religionsunterrichts u. a. w. nirgends im Geist kirchlicher Autokratie versucht wird, für den im heutigen Volksleben schlechterdings kein Platz mehr ist, sondern daß sie sich auf der Grundlage unbedingter Gleichberechtigung aller in Betracht kommenden Faktoren vollzieht.

Adolf Hahn-Stuttgart.

— **Jagdaussichten.** Die naßkalte Witterung der letzten Wochen, verbunden mit dem außerordentlichen Schneefall, hat die Aussicht auf ein gutes Jagdjahr sehr vermindert. Von dem ersten Satz der Hasen, den sog. Märzhasen, von denen gerade der Ausfall der Hasenjagd abhängt, dürften nicht viel davon gekommen sein. Da auch gerade vor dem Schneefall die Wildenten brüteten, so dürfte es fraglich sein, ob diese bei dem hohen Schnee auf ihren Nestern geblieben sind.

— **Kohlenschieber.** Nach Mitteilung der Württ. Landeskohlenstelle mehren sich die Fälle, daß Kohlen innerhalb des Landes verschoben werden, ohne daß die hiezu erforderliche Anweisung der Landeskohlenstelle eingeholt wurde. Den Eisenbahndienststellen ist daher die genaue Beachtung der Bestimmungen, die einer Umgehung der behördlichen Vorschriften vorbeugen sollen, eingeschärft worden.

Reich und Schule.

Es wird uns geschrieben: Das Schulwesen war bisher fast ausschließlich Sache der Einzelstaaten; reichsgesetzliche Bestimmungen gab es nur bezüglich der Einjährig-Freiwilligen-Prüfung und der Verpflichtung der Gewerbetreibenden, ihre Arbeiter unter 18 Jahren die Fortbildungsschule besuchen zu lassen. Und in der Vielgestaltigkeit der deutschen Bildungsbestrebungen liegt ohne Zweifel ein Reichtum Deutschlands. Aber andererseits drängt doch Deutschlands jetzige Stellung auf eine einheitliche Bildungspolitik hin, damit das deutsche Volk dem Ausland gegenüber wieder als einheitliches Kulturvolk auftreten kann und im Innern Gewähr gegeben ist, daß die künftigen Staatsbürger, denen mehr als seither das Geschick von Land und Volk in die Hand gegeben ist, durch genügende und einheitlich gerichtete Bildung in Stand gesetzt werden, ihre staatsbürgerlichen Pflichten zu erfüllen. Auch die Freizügigkeit, von der immer mehr Gebrauch gemacht wird, verlangt eine Vereinheitlichung.

Als Punkte, die einheitlich geregelt werden sollen, seien genannt: Beginn des Schuljahrs, Aufbau des Schulwesens nach dem Gedanken der Einheitsschule unter genauer Festlegung der Dauer der Grundschule, gleiche Dauer der Volksschul- und Fortbildungsschulpflicht, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Lehrerbildung, Prüfungswesen, Verhältnis von Kirche und Schule, Bestimmungen über die Errichtung nichtöffentlicher Schulen.

Dazu ist es nötig, eine entsprechende Bestimmung in die Verfassung des Deutschen Reichs aufzunehmen. Auch die württembergischen Abgeordneten in der Deutschen Nationalversammlung mögen mithelfen, diese Frage einer Lösung entgegenzuführen. Unserer württembergischen Landes-Schulgesetzgebung werden trotzdem noch viele wichtige Fragen zu selbständiger Lösung vorbehalten bleiben.

D.P.C. **Ausländische Nahrungsmittel.** Nachdem die Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel zur Aufbesserung unserer Hungerrationen monatelang als Fata morgana am Horizonte schwebte beginnt sie langsam greifbare Gestalt anzunehmen. Die ersten Sendungen sollen bereits eingetroffen und zur Linderung der Not in den am meisten betroffenen Großstädten bestimmt sein. Auch von der Preisgestaltung ist schon so manches durchgesickert das den nicht an Hamsterpreise gewöhnten Bürger (es soll auch noch solche Käuze geben) schaudern macht. Für Auslandsmehl z. B., das auf Ostern noch zur Verteilung kommen soll, ist ein Preis von Mk. 2.— per Pfund in Aussicht genommen, ein Preis, der laut „Frankfurter Zeitung" in gar keinem Verhältnis zum Einkaufspreis stehen soll und auf jeden Fall einem großen Teil der Bevölkerung die Verwendung dieses Mehles einfach verbietet. Es scheint also, daß die berüchtigten Praktiken der Zentraleinkaufsgenossenschaft unbeschadet der veränderten Verhältnisse weiter geübt werden sollen. Wohin soll das führen? Gerade in jetziger Zeit, wo die Preis- und damit die Lohnerhöhungen ins Ungemessene gestiegen sind und zu ganz unhaltbaren Zuständen führen und schon geführt haben, sollte die Regierung, wo sie es wie bei diesem Einfuhrmonopol in der Hand hat, auf den Abbau der Preise hinzuwirken, unter allen Umständen unterlassen, irgendwelche finanziellen Vorteile für den Reichssäckel, so bitter notwendig er es auch haben mag, herauszuwirtschaften. Es handelt sich jetzt doch nicht darum, dem Reich eine neue Einnahmequelle zu erschließen, sondern der Bevölkerung bessere Ernährungsverhältnisse zu verschaffen und gleichzeitig, was in diesem Zusammenhang nicht unterschätzt werden darf, preisdrückend auf den Schleichhandel einzuwirken und damit auch die Inlandsproduktion in geordnetere Bahnen zu leiten. Hier ist den maßgebenden Behörden ein Hebel in die Hand gedrückt, dessen Benützung sie nicht unterlassen sollten.

Wie ist das zugegangen?

Erzählung nach einer wahren Anekdote von Charlotte Birch-Pfeiffer.

16 Der Oberst strich verlegen seinen Bart. Das Verlangen der Ninon war ihm nichts weniger wie angenehm. Er hatte sich schon zu sehr in die Angelegenheit verwickelt und die Ninon in ihrer ungestümen Rachsucht konnte vollends Unheil anrichten. Aber er war zu sehr in ihren Netzen gefangen, um ihr Verlangen rundweg abschlagen zu können.

„Wollen Sie nicht lieber Gras wachsen lassen über die Geschichte. Ich meine, wenn Sie den Baron mit Verachtung strafen, da ist er gestraft genug, an Ihnen der unvergleichlichen Schauspielerin kann aus dieser Geschichte kein Makel haften bleiben, derselbe fällt immer auf den Urheber zurück."

„Auf keinen Fall lasse ich mich ungestraft so sehr beleidigen — ach, der herrliche Perlenschmuck, die köstlichen Perlen, die kann ich in meinem Leben nicht wieder vergessen."

„Aber wir müssen bedenken, daß der Polizeipräsident seine Finger mit im Spiele gehabt hat und die Sache dieses Mal einen noch schlimmeren Ausgang nehmen kann, wenn wir sie abermals aufrühren."

„Der Polizeipräsident hat natürlich mit der Strafe, die ich diesem Saldern zugedacht habe, gar nichts zu tun, obwohl ich auch ihm am liebsten einen gehörigen Denkzettel verabreichen möchte, denn er hat sich geradezu skandalös gegen mich benommen — er besitzt die Manieren eines Prügelmeisters."

„Weiß wirklich nicht, was ich nach Ihrer Meinung ... [illegible]nten."

„... [illegible] einen Plan, der mir soeben einfällt, so ärgert es und wir treffen damit zugleich diese unausstehliche Person, die Orloff."

„Da bin ich gespannt, zu erfahren, welcher Plan Ihrem niedlichen Köpfchen entspringen wird. Auf Ihre letzte Bemerkung muß ich Ihnen doch entgegnen, daß Sie die Orloff nicht zu kennen scheinen; sie ist durchaus keine so unausstehliche Person und der Baron hat gar keinen üblen Geschmack, wenn er sich in sie verliebt hat und sie heiraten will."

„Kenne sie nicht näher — aber wenn sie einen Mann heiratet, wie diesen jungen Baron, der Perlen verschenkt, die ihm nicht gehören, so halte ich nicht viel von ihr."

„Ach, das ist es, also ein wenig Eifersucht."

„Pfui, sprechen Sie dieses Wort in meiner Gegenwart nicht wieder aus, denn ich kenne das Wort Eifersucht nur vom Hören und Sagen."

„Um so besser denn die Eifersucht ist ein garstig Ding."

„Also hören Sie, Oberst, wie ich mir die Strafe zu vollziehen gedenke."

Und nun schilderte die Schauspielerin dem Oberst, wie man der Orloff einen Brief — natürlich ohne Namensunterschrift schreiben und das Verhalten ihres Verlobten in den allerschwärzesten Farben ausmalen müsse, als ein abschreckendes Beispiel, wie sie sich am Schlusse ihrer Worte ausdrückte.

„Ist eine gewagte Sache, liebe Ninon, wer soll den Brief schreiben?"

„Sie müssen ihn schreiben, denn durch eine Frauenhand könnte leicht der Verdacht auf mich fallen, an Sie denkt aber Niemand, natürlich müssen Sie Ihre Schrift verstellen."

Dem Oberst blieb nichts weiter übrig, stand er doch schon zu sehr unter dem Einfluß der Ninon, er mußte sich in dem eleganten Schreibtisch niederlassen. Gift und Galle sprühte aus den Worten der Schauspielerin, die der Oberst an die Gräfin Orloff niederschreiben mußte. Zwar schüttelte er öfters mißbilligend den Kopf, bei besonders starken Ausdrücken, aber ein herrisches: „Schreiben Sie nur," machte ihn sofort wieder gefügig, sodaß er weiter schrieb.

Der Oberst atmete förmlich auf, als endlich der Brief beendet war, in seinem Leben war ihm das Schreiben nicht so schwer geworden, wie jetzt. Die Ninon steckte den Brief selbst in einen Umschlag und Jeanette mußte ihn sofort weiter befördern.

— — — — — — — — — — — —

Ninon hatte ganz richtig gerechnet, der Brief übte zunächst eine niederschmetternde Wirkung auf die Gräfin Orloff aus und bei seinem nächsten Besuch hielt sie denselben entrüstet ihrem Beelobten entgegen. Baron von Saldern, der schon über den Empfang durch seine Braut höchst erstaunt war, wurde es noch mehr, als auch er den Brief las, dann aber faßte er ihn doch von der richtigen Seite auf und sagte besänftigend:

„Alexandrine, Du hast wohl ein gewisses Recht mir einen schweren Vorwurf zu machen, aber so schlimm, wie in dem Briefe steht ist mein angebliches Verbrechen denn doch nicht."

„Nicht so schlimm?"

„Nein, höre mich ruhig an."

Mit kurzen Worten schilderte der Baron nun, wie er, weil es nun einmal Mode war, der französischen Schauspielerin seine Huldigungen dargebracht habe. Es sei seine feste Absicht gewesen, an dem Tage, wo er den Perlenschmuck gekauft habe, ihr einen letzten Besuch abzustatten. Er erzählte dann weiter, wie er durch den bereits anwesenden Oberst so gereizt worden war, daß er sich ganz vergaß und der Schauspielerin den für seine Braut bestimmten Schmuck schenkte.

Die Ninon erreichte den mit dem Brief beabsichtigten Zweck nicht, denn Gräfin Alexandrine gab sich mit dieser Erklärung zufrieden.

Ende.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Geldsendungen an deutsche Kriegsgefangene in Sibirien.

Neuerdings besteht wieder die Möglichkeit, deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien Geld zu senden und zwar durch Vermittlung der Nordischen Vereine vom Roten Kreuz Kopenhagen, welche die Beträge über Amerika weiterleiten.

Die Umrechnung der Rubel ist auf zunächst Mk. 1.20 festgesetzt, zuzüglich M 1.— Spesen für jede Sendung.— Telegrafische Zahlungen sind nicht zulässig.

Stahl und Federer Aktiengesellschaft Filiale Wildbad sind gerne bereit Beträge zur Ueberweisung ohne weitere Kosten anzunehmen.

Evang. Gottesdienst. Gründonnerstag, 17. April. Vorm. 1/4 10 Uhr Predigt: Stadtvikar Remppis, zugleich Vorbereitung und Beichte zum Abendmahl am Karfreitag. Nach der Beichte Anmeldung. Abends 8 Uhr Abendmahlfeier mit vorangehender Ansprache und Beichte: Stadtpfarrer Rösler.

Eingesandt.

Wildbad, den 16. April 1919.

Wir stehen in der stillen Woche, in der Karwoche. Und unter dem Eindruck der stürmischen Gegenwart haben wir heuer mehr denn je ein Verlangen nach den Ewigkeitskräften, die uns die kommenden stillen Festtage wieder bringen wollen. Aus nichts anderem als aus der Betrachtung des Leidens und Sterbens unseres Erlösers sollen uns diese Kräfte in der Passionszeit zuströmen. Und unsere Gottesdienste werden heuer noch eine wertvolle Bereicherung erfahren durch eine geistliche Musikaufführung, welche der hiesige evang. Kirchenchor am Karfreitag nachm. 5 Uhr in unsrer evang. Stadtkirche veranstalten will. In dankenswerter Weise haben sich zu dem Konzert bedeutende musikalische Kräfte zur Verfügung gestellt, und in der Vortragsfolge sind neben Orgel- und Cello-Stücken, Solis und Quartette auch schöne alte Passionschoräle vorgesehen, so daß ein Genuß für Ohr und Herz auf uns wartet. Jedermann ist zum Besuch des Kirchenkonzerts herzlich eingeladen. Und zahlreiches Erscheinen von Gästen ist nicht nur im Blick auf die unser wartenden Leistungen zu empfehlen, sondern auch deshalb sehr erwünscht, weil der Reinertrag dieser Musikaufführung die Neuanschaffung eines Harmoniums für die Sprollenhäuser Schule und Gemeinde ermöglichen soll. Das Instrument, welches seither bei den Sprollenhäuser Gottesdiensten im Gebrauch war, ist wegen hohen Alters so gut wie unbrauchbar geworden. Hier haben wir unsere schöne Orgel, weshalb sich die hiesigen Gemeindeglieder wohl gerne bereit finden, ihren Brüdern und Schwestern in den Parzellen wenigstens zu einem würdigen Harmonium zu verhelfen. Eine Tellersammlung am Eingang der Kirche wird dazu Gelegenheit bieten. Eintritt wird nicht erhoben. Aber die Besucher des Konzerts werden freundlichst gebeten, den guten Zweck, der auch eine Reich-Gottes-Sache ist, kräftig zu unterstützen.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich E. Reinhardt daselbst.

Milchabgabe.

Vom 16.—24. April wird die Milch wie nachstehend abgegeben:

Von 11—11 1/2 Uhr Nr. 1—200
„ 11 1/2—12 „ „ 201—400
„ 12—12 1/2 „ „ 401—600
„ 12 1/2—1 „ „ 601—800
„ 1—1 1/2 „ „ 801—Schluß.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad

Sprechstunde am Karfreitag
nur von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr Vorm.
Samstag, 19. April, und Osterfest
keine Sprechstunde.
Dr. Schwab.

Deutsche demokratische Partei
Heute Abend 8 Uhr
Ausschußsitzung
im Panorama-Hotel

Bestellungen auf
Sauerkraut Pfd. 30 Pfg.
bei 20 Pfund Abnahme Pfund 25 Pfg.
eing. rote Rüben Pfd 50 Pfg
nehmen entgegen
Pfannkuch u. Co.

Gröstes Photohaus für Liebhaber-Photographie!
Photo-Apparate
Photo-Platten
Photo-Films
Photo-Filmpacks
Photo-Papiere
Photo-Chemikalien
Photo-Hilfsbücher usw.
zu Original-Fabrikpreisen.
Entwickeln und Copieren von Films und Platten durch fachmännische Hand in bester Ausführung.
C. Schmid und Sohn,
Damenfriseure,
Parfümerie Sportgeschäft,
Photo-Handlung,
neben Hotel Deutscher Hof.
Wir machen noch ganz speziell auf unsere letzjährige Preise aufmerksam dieselben sind von dem neuen Aufschlag von 4 Prozent nicht berührt.

Passions-Konzert
am Karfreitag mittag halb 5 Uhr,
veranstaltet vom Evg. Kirchenchor.
Eintritt frei.
Freiwillige Gaben sollen zur Anschaffung eines Schulharmoniums für Sprollenhaus verwendet werden.

Zu Ostergeschenken
empfehlen:
Schul-, Gesang- und Gebetbücher,
Bilder- und Jugendbücher,
Jugend- und Gesellschaftsspiele,
Handschuh-, Kragen- und Taschentuchkasten,
Nähschatullen, Postkartenrahmen,
Brieftkasseten, Schreibblocks,
Geld- und Vexirtaschen,
Billige Bücher aller Art.
Oster- und Künstlerkarten
in grosser Auswahl.
Geschwister Flum,
neben Gasth. zur Sonne.

Druck-Arbeiten jeder Art
liefert rasch und billig
B. Hofm'annsche Büchdruckerei

Turn-Verein Wildbad.
Heute abend
Ausschußsitzung
und
Singstunde
gemischten Chor
im Schwarzwaldhotel.
Der Vorstand.

Guten
Mostessig
hat zu verkaufen.
Wer sagt die Exped. [297

Tägl. bis **10 M** zu verdienen. Näh. im Prosp.
Joh. H. Schultz, Adressenverlag Cöln 632.

Eine
Eiche
hat zu verkaufen
Robert Stirner.

Eine guterhaltene
Bettstelle
mit Rost sucht zu kaufen.
Wer sagt die Exped. [296

3-400 Mk.
werden zur Gründung eines Geschäftes gegen gute Bürgschaft von pünktlichem Zinsbezahler gesucht
Näheres in der Exped. [295

Frauen
verwenden bei Beschwerden und Störungen nur Apotheker
Möllers Tropfen
Flasche **10** Mark
diskreter Postversand.
Nik. Rauh
Sanitätsgeschäft
„Medico"
Nürnberg,
Karolinenstr. 47

Damen- u. Mädchen-Bekleidung
Mäntel, Kostüme, Taillenkleider, Röcke, Blusen
C. Berner
Ecke Metzger

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw